

Sorge um Deutschland nach der Wahl

Ein Blick in das französische Presseecho

GÉRARD FOUSSIER*

„Sackgasse“, „Panne“, „unregierbar“, „Kopferbrechen“ – Deutschland machte Schlagzeilen in der französischen Medienlandschaft. Selten war das Interesse für diese „Schicksalswahl“ so groß, auch wenn die meisten Kommentatoren in Frankreich, wie in Deutschland übrigens, ein ganz anderes Ergebnis erwartet hatten. Bei vielen Beobachtern war die CDU-Herausforderin schon die nächste Kanzlerin – umso heftiger die Ernüchterung in den Spalten der Tageszeitungen am Morgen danach. Während des Wahlkampfes stand ein neues Deutschland im Mittelpunkt des französischen Interesses, als wollte man an die Wiederauferstehung des angeschlagenen „Deutschland-Modells“ glauben. Im Gegensatz zu den wesentlich innenpolitischen Auseinandersetzungen über Steuer- und Wirtschaftspolitik hat die französische Presse ein weitgehend außenpolitisch geprägtes Bild des Nachbarn geliefert. Es ging nicht nur um den wirtschaftlichen Gesundheitszustand des reichsten Landes Europas, es ging vielmehr um dessen Auswirkungen auf den europäischen Einigungsprozess. Und speziell auf die Reformfreudigkeit der Franzosen.

„Unregierbar?“ – Die Überschrift von „Aujourd’hui en France/Le Parisien“ fasste

das Unbehagen zusammen. Die Kommentatoren gingen allerdings einen Schritt weiter, strichen das Fragezeichen und dehnten diese befürchtete Unregierbarkeit auf eine voraussichtliche Lähmung der Gestaltungskraft für die Europäische Union aus. „Aus dieser merkwürdigen Wahl in Deutschland, wo die Sieger saure Mienen machen und die Verlierer trotz allem guten Mutes sind, wird Europa noch unentschlossener hervorgehen“, meint beispielsweise „Libération“. „Mit einem Jacques Chirac, der seit dem EU-Referendum unglaublich ist, und einer Angela Merkel, die durch das unerwartet schlechte Abschneiden ihrer Partei Punkte verloren hat, erscheint das deutsch-französische Paar eher mitleiderregend als beneidenswert.“ Schon vor dem Wahltag hatte „Libération“ unschwer feststellen können, dass Deutschland, genauso wie Frankreich, „mit heftigen gesellschaftlichen Veränderungen zu kämpfen“ hat. Das Selbstbewusstsein der Deutschen, so die linksliberale Zeitung weiter, habe sich immer noch auf ihrer wirtschaftlichen Bedeutung gegründet, darum habe die Armut lange als Tabu gegolten. Der bitteren Bilanz könnten sie aber nicht länger ausweichen: Eines von zehn Kindern lebe in Armut, und fast fünf Millionen Menschen suchten

* Gérard Foussier, Journalist.

Arbeit. Das düstere Bild verfestigte sich nach der Pattsituation vom 18. September: „Deutschland tritt nun dem Club der Länder bei, in denen die Protestler und Radikalen solchen Schaden anrichten können, dass dies einen normalen Wechsel blockiert und langfristige Politik lähmt“, schrieb „Libération“. Der konservative „Le Figaro“ teilte diese Meinung: „Von dem Wahlergebnis hat man eine Beschleunigung der Reformen in Europa erwartet, mit Ansteckungseffekt auf die Nachbarländer und besonders auf Frankreich.“ Und die katholische Zeitung „La Croix“ erinnert zwar an den alten Spruch, wonach Deutschland „ein wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg“ sei. Aber nur um zu behaupten, dass dies für das heutige Deutschland nicht mehr gelte. „Weltweit hat das Land mehr politischen Einfluss geltend machen können“, schreibt „La Croix“ weiter, „allerdings folgt es dabei nicht selten den Interessen der exportorientierten deutschen Wirtschaft.“ Gemeint sind „die Entsendung deutscher Soldaten ins Ausland und die Emanzipation von den USA“. In ihrem Kommentar verbirgt die Zeitung ihre Angst vor einer außenpolitischen Neuorientierung Deutschlands kaum: „Will das Land als Nationalstaat oder als Teil Europas zu weltpolitischer Bedeutung gelangen? Bisher vertrat die Bundesrepublik das Prinzip, als Mitglied überstaatlicher Organisationen – der Europäischen Union und der Vereinten Nationen – Einfluss geltend zu machen. Seltsam nimmt sich da Deutschlands Streben nach einem ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat aus – ein Abweichen vom deutschen Weg seit 1945.“ Und die Zeitung kommentiert kurz und knapp: „Ein Irrtum“.

Nun steht Deutschland vor einem Rätsel – und Frankreich gleichermaßen. Denn: Soviel Gleichklang wurde selten zwischen beiden Ländern festgestellt. Das Wort „Stillstand“ kommt neben Arbeitslosigkeit in den französischen Kommentaren immer wieder vor. Die Hoffnung auf Reformen wird allerdings an-

ders dekliniert: „Dass es Deutschland schlecht geht“, schrieb der Leitartikler des „Figaro“ vor der Wahl, „ist kein Grund zur Überheblichkeit“. Und die Wirtschaftszeitung „La Tribune“ bestätigte nach dem Urnengang: „Die Perspektive einer erzwungenen Regierungskoalition ist zweifellos das Letzte, was Deutschland braucht.“ Deutschland, so die andere Wirtschaftszeitung „Les Echos“, ist „ein verhinderter Riese“.

Europa im Allgemeinen und das deutsch-französische Paar im Besonderen wurden immer wieder in Zusammenhang mit den möglichen Veränderungen in Berlin gebracht. Vor dem Wahlabend befürchtete „Le Monde“ eine „Scheidung zwischen Deutschland, das sich erneuert, und einem unbeweglichen Frankreich“. Fazit der Pariser Abendzeitung: „Eine große Koalition würde Chirac nützen und hätte zur Folge, dass sich bis zu den Präsidentschaftswahlen 2007 in Paris überhaupt nichts verändert.“ In seinem Beitrag für „Le Figaro“ meint aber der Vorsitzende der Robert-Schuman-Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, dass „sich das deutsch-französische Paar, zu systematisch und zu wenig kreativ, dem neuen Europa anpassen muss und wieder der Motor der Europäischen Union werden sollte“. Auf derselben Seite resümiert der Wirtschaftsexperte Nicolas Baverez die Situation: „Deutschland steht wieder auf, weil es reformiert. Frankreich geht unter, weil es nicht aufhört, über Reformen zu reden, um sie besser zu verschieben.“ Und Susanne Nies, Forschungsleiterin am Institut de relations internationales et stratégiques (IRIS) in Paris, bemerkt, dass „auf eine Änderung im Verhalten der Franzosen oft eine Änderung im Verhalten der Deutschen folgt, und umgekehrt. Dass beide Länder zur Zeit vor allem mit Innenpolitik beschäftigt sind, dass sie sich aber beobachten und ihre Antworten auf eine ähnliche Krise austauschen, dies beweist einmal mehr ihre gegenseitige Nähe.“ Die Autorin zeigt sich optimistisch: „2007 wird das Ende der Unsicherheiten in Frank-

reich sein, 2007 wird außerdem Deutschland den Vorsitz in Europa haben, 2007 wird der deutsch-französische Motor die Europäische Union wieder dynamisieren.“

Die französische Auseinandersetzung mit den Problemen in Deutschland beinhaltet eine überraschende Komponente: Den Kommunismus. Noch war *Eric Le Boucher* in „Le Monde“ deutlich ironisch, als er im Hinblick auf gesuchte Gemeinsamkeiten mit der französischen Linken schrieb: „So schlecht kann der Kommunismus doch nicht gewesen sein“. Aber allen Ernstes behauptet *Alexandre Adler* im „Figaro“, Deutschland sei heute mit drei Versionen des Postkommunismus kon-

frontiert: Die Neue Linke mit *Oskar Lafontaine* und *Gregor Gysi* verkörpere die Ostalgie, *Gerhard Schröder* sei ein Erbe des „Staatsmonopolcapitalismus (Stamokap)“, und „noch kommunistischer als die anderen Zwei“ sei [...] die CDU-Vorsitzende *Angela Merkel*, die „zwar ihren Willen zum Systemumbau und ihr Vertrauen in Amerika mit den Ländern Osteuropas teilt, die die sowjetische Dominanz allzu gut gekannt haben, dennoch einen Glauben an Programme zeigt, der aus dem Herzen einer gelungenen russischen Erziehung stammt“. Vorsicht! *Angela Merkel* spricht zwar kein Französisch, es wird allerdings behauptet, sie verstehe diese Sprache.